

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

## AKTUELL

### Tote nach Wintersturm

Ein heftiger, von Gewittern begleiteter Wintersturm mit Böenspitzen von 200 km/h hat in der Nacht zum Freitag in der Schweiz und in Deutschland mindestens sechs Menschenleben gekostet und zum Teil starke Verwüstungen angerichtet. Bahn- und Strassenverkehr wurden stark behindert. Besonders betroffen war die Bodenseeregion. Die Böen deckten Dächer ab und entwurzten zahllose Bäume, die Strassen und Schienen blockierten sowie Strom- und Telefonleitungen zerrissen. In den Bergen wird sich die Lawinengefahr verschärfen.

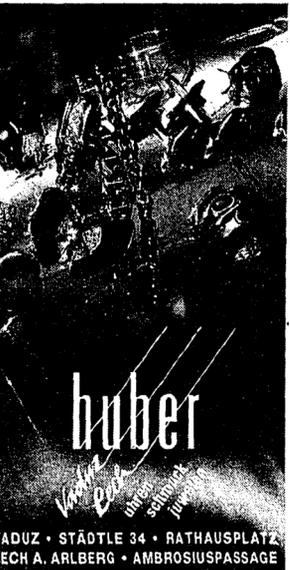
(Siehe auch «Letzte Seite»)



Auch im benachbarten Vorarlberg wurden nach dem Wintersturm etliche Häuser durch umstürzende Bäume beschädigt, wie hier in Bregenz.

### Vaduz: Brückenbrand wegen Fahrlässigkeit

(LPFL) – Wie die Abklärungen der Kriminalpolizei und des kriminaltechnischen Dienstes ergeben haben, ist der Brand der Holzrheinbrücke vom 6./7. Januar 1994 fahrlässig durch das Wegwerfen einer brennenden Zigarette entstanden. Eine Brandstiftung kann ausgeschlossen werden. Die Zigarette ist in eine Spalte zwischen zwei Bodenplanken gefallen, in der sich Staub, Blätter und andere leichtentzündliche Materialien angesammelt hatten. Dadurch ist ein Mottbrand entstanden und hat sich unter den Bodenplanken zwischen den Lagebrettern ausgebreitet. Der Schadenursacher konnte noch nicht identifiziert werden. Der Sachschaden beläuft sich, gemäss Angaben der Gemeinde Vaduz, auf ca 12 000 Fr.



VADUZ · STÄDTLE 34 · RATHAUSPLATZ · LECH A. ARLBERG · AMBROSIOUSPASSAGE

## «Wer bei der Veränderung nicht mitmacht, der wird verändert»

Echte Diskussion über die künftige Aussen- und Europapolitik bisher nicht zustande gekommen – Problematik der zweiten Volksabstimmung

(G. M.) – Die Regierung wartet gespannt auf Signale aus Brüssel und den EWR-Hauptstädten auf die vorgelegte «Lösungsplattform», die – von schweizerischen und liechtensteinischen Experten ausgearbeitet – dem Fürstentum Liechtenstein die Möglichkeit eröffnen soll, sowohl dem EWR beizutreten als auch die Regionalunion mit der Schweiz beizubehalten. Nicht minder aufmerksam erwartet die Bevölkerung diese Antworten, im Bewusstsein, dass noch viele andere Fragen derzeit offen und unbeantwortet sind. Umfasst die versprochene zweite Volksabstimmung nur die Änderung des Zollvertrages und allenfalls ein EWR-Zusatzabkommen, aber nicht den eigentlichen EWR-Vertrag? Gibt es Alternativen zu dem von der Regierung eingeschlagenen Weg? Wie steht es mit den mehreren hundert Rechtsakten der EU, die seit dem Abschluss des EWR-Vertrages in Kraft gesetzt worden sind?

Die Signale, die aus dem Regierungsbüro in Sachen EWR an die Öffentlichkeit kommen, sind relativ spärlich. Der dem Landtag zum Jahresabschluss 1993 vorgelegte EWR-Bericht enthielt keine Neuigkeiten, vielleicht einmal abgesehen von der Präzisierung, was die Verhandlungen mit der Schweiz auf Expertenebene erbracht hatten: «Die Lösungsplattform enthält noch keine Rechtstexte, sondern lediglich die Umschreibung der bilateral vorgesehenen Lösungen.» Dafür reagiert die neue Inhaberin des Ressorts Äusseres, Regierungsrätin Dr. Andrea Willi, sehr sensi-

bel auf jegliche Skepsis oder Kritik am Vorgehen der Regierung.

### Wer bei der Veränderung nicht mitmacht ...

Die «drei Aussenminister», die Liechtenstein seit der Neubildung der Regierung mit Regierungschef Dr. Mario Frick, Wirtschaftsressort-Inhaber Dr. Michael Ritter und Aussenressort-Inhaberin Dr. Andrea Willi inzwischen hat, werden in diversen Publikationen nicht müde, allein den eingeschlagenen Weg zu verteidigen und als das Mass aller Dinge zu propagieren. Warnende Stimmen, die auf das Grössenverhältnis Liechtenstein – Europäischer Wirtschaftsraum sowie auf die Belastungen für das Verhältnis Schweiz – Liechtenstein hinweisen, werden zumeist in harschen Reaktionen zurechtgewiesen, obwohl Aussenministerin Willi den Verlauf der Diskussion – zumindest für andere – klar definierte: «Als Grundsatz sollte gelten, dass alle Beteiligten Pro und Contra, Vor- und Nachteile, negative und positive Aspekte seriös und verantwortungsvoll gegeneinander abwägen.»

### ... der wird verändert

Die ausserpolitische Debatte ist zweifellos von früheren Vorgängen belastet, als der Landtag während Jahren nach einem klaren Konzept der Regierung für die Integrationspolitik nachfragte, die Regierung jedoch nicht vorbereitend aktiv wurde, sondern den Unausweichlichkeiten der EG- und EFTA-Politik ihre Reaktionen folgen liess. Regierungschef Dr. Mario Frick prägte vor kurzem den

wohl richtigen Satz: «Wer bei der Veränderung nicht mitmacht, der wird verändert.» Ob zur Verhinderung der angesprochenen passiven Veränderung ein einziger aufgezeichneter Weg ausreicht, darf allerdings bezweifelt werden. Die Regierung ist sich bewusst, dass die Schweiz bei einem allfälligen Beitritt zur Europäischen Union (ein Gesuch liegt in Brüssel bereits vor) keinen eigenen Handlungsspielraum mehr gegenüber Liechtenstein hätte, doch fehlt derzeit offensichtlich die Einsicht oder die Bereitschaft, im bilateralen Rahmen für das Eintreten dieses Falles vorzusorgen. Die Vorstellung von Regierungschef Frick, «auf eine Fortsetzung der Partnerschaft mit der Schweiz zu setzen», wenn sich EWR und Zollvertrag nicht unter einen Hut bringen liessen, beschränkt sich auf den EWR-Bereich, lässt aber die EU-Alternative der Schweiz ausser Betracht. Davor warnte alt Regierungschef Dr. Walter Kieber schon mehrmals, als er sich für ein «beheutsames Vorgehen» aussprach, weil die meisten EFTA-Staaten als EWR-Mitgliedländer bereits ein EU-Beitrittsgesuch gestellt haben, was den Fortbestand des EWR schon auf mittlere Sicht gefährden könnte: Die daraus resultierende Gefahr, gegenüber der Europäischen Union in einen Beitrittszwang zu geraten, würde für unser Land schwerwiegende Probleme aufwerfen.

### Keine Alternative trotz ständiger Neuentwicklungen?

Die liechtensteinische Integrationspolitik, so scheint es, geht immer noch von

den gleichen Vorgaben wie früher aus, obwohl sich in einer relativ kurzen Zeit grosse Veränderungen ergeben haben. «Grünes Licht für sektorielle bilaterale Verhandlungen» zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, schrieb vor wenigen Tagen das Integrationsbüro des schweizerischen Aussenministeriums und führte eine lange Liste von Bereichen an, die zur Verhandlung anstehen, nachdem die Frage der Ursprungsregeln für Industrieprodukte geregelt werden konnte. In diesem Zusammenhang teilte die Industrie- und Handelskammer der Kantone St. Gallen und Appenzel den Exportbetrieben zum Jahreswechsel 1994 mit, dass sie «den Export nach den EWR-Ländern problemlos weiterführen» könnten – und lobte den Verhandlungserfolg des Bundesamtes für Aussenwirtschaft: «Obwohl wir nicht im EWR sind, konnte eine optimale Lösung erzielt werden, an welche wir noch vor ein paar Wochen nicht zu glauben wagten.»

Von dieser Regelung profitieren derzeit auch die liechtensteinischen Exportunternehmen, weil der Beitritt unseres Land zum EWR noch nicht vollzogen ist. Mit diesem Hinweis soll das ausserpolitische und integrationspolitische Engagement nicht herabgemindert werden, doch lässt sich darauf erkennen, dass die Regionalunion mit der Schweiz von ausschlaggebender Bedeutung für unser Land ist. Vor allem aber wird deutlich, dass nicht nur ein Weg verfolgt werden sollte, sondern gleichzeitig auch Alternativen geprüft werden müssten.

## Dividendenerhöhung der VPBank AG Vaduz

Pressekonferenz der Verwaltungs- und Privat-Bank AG – Stark erhöhter Reingewinn im Geschäftsjahr 1993

(G. M.) – Die VPBank AG blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 1993 zurück. Der Cash flow konnte um 46 % auf 67,4 Mio. Fr. gesteigert werden, der Reingewinn stieg um 41 % auf 38,4 Mio. Fr. an. Die Aussichten für 1994 werden als günstig beurteilt, obwohl Generaldirektor Dr. Rolf Kormann nicht mehr die gleich hohen Zuwachsraten wie im Berichtsjahr erwartet.

Nach der Vorstellung der Eckdaten des erfolgreichen Geschäftsjahres 1993, die auch eine Erhöhung der Dividende auf Aktien und Partizipationsscheine ermöglichen, erklärte Generaldirektor Dr. Rolf Kormann den erfreulichen Geschäftsabschluss als Ergebnis der guten Rahmenbedingungen, aber auch der Umsetzung der produktbezogenen und kundenorientierten Geschäftsstrategie. Im Neubau, unweit des bestehenden Hauptgebäudes wird nach den Worten von Direktor Walter Seger ein neues Händlerzentrum eingerichtet mit 24 Händlerplätzen, um der Kundschaft eine weitere Steigerung der Servicequalität anbieten zu können. Gesamthaft wird



Die VPBank AG Vaduz kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 1993 zurückblicken. Der Reingewinn konnte erheblich gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

die VPBank Investitionen von 30,3 Mio. Fr. vornehmen, wie Direktor Adolf E. Real ausführte, wovon allein die Position «Liegenschaften» 13,9 Mio. Fr. beanspruchen wird. Im neuen Verwaltungsgebäude werden 125 neue Arbeitsplätze

entstehen, wobei keine Ausweitung des Personalvolumens geplant ist, sondern der Zusammenschluss der Angestellten aus derzeit noch verstreuten Arbeitsplätzen.

Mehr über das Geschäftsergebnis auf Seite 3.

## Repräsentanz der VPBank in Berlin

Die Verwaltungs- und Privat-Bank AG verfügt neben dem Stammhaus in Vaduz auch über eine Tochtergesellschaft in Zürich, die VPB Finanz AG, und eine Tochtergesellschaft in Luxemburg, die VP Bank (Luxemburg) S.A. Zudem besteht seit anfangs 1991 eine Repräsentanz in München. Am kommenden Montag wird eine zweite Repräsentanz in Deutschland, nämlich in Berlin, eröffnet.

Die Repräsentanz haben die Aufgabe, erklärte Dr. Rolf Ehlers an der Pressekonferenz der VPBank am Freitag, die internationalen Strategien umzusetzen. Die Repräsentanz sind Stützpunkte, die jedoch keine eigenen Geschäfte abwickeln können, sondern nur die Betreuung der Kundschaft vor Ort zu übernehmen haben.

Die VPBank spezialisiert sich auf eine international orientierte Privatkundschaft, wobei der Raum Europa im Vordergrund steht.

## Teuerung erneut abgeschwächt

Jahresrate von 2,1 Prozent - gute Chancen für weiteres Absinken

(AP) Die Teuerung hat sich zu Jahresbeginn weiter zurückgebildet. Die Jahresrate betrug im Januar 2,1 Prozent, wie das BFS am Freitag mitteilte. BIGA-Direktor Nordmann und Nationalbankpräsident Lusser sehen gute Chancen für ein Absinken der Teuerung unter zwei Prozent. Die SBG rechnet gar mit einer Teuerung von unter einem Prozent bis Mitte Jahr.

Der Landesindex der Konsumentenpreise, der im vergangenen Mai auf eine breitere und konsumgerechtere Basis gestellt worden war, stieg im Monatsvergleich um 0,1 Prozent auf 100,5 Punkte. Das war laut Bundesamt für Statistik (BFS) die schwächste Preissteigerung zum Jahresanfang seit acht Jahren. Die

Jahressteuerungsrate betrug 2,1 Prozent, verglichen mit 2,5 Prozent im Dezember und 3,5 Prozent vor Jahresfrist. Den Rückgang der Jahresteuierung trotz steigendem Index erklärte das Bundesamt rechnerisch mit dem sogenannten Basiseffekt. Preissteigerungen wurden im Januar hauptsächlich bei der Gesundheitspflege registriert (+1,3%), wo sich namentlich die höheren Spitaltaxen sowie leichte Preissteigerungen für zahnärztliche Leistungen auswirkten. Angestiegen waren laut BFS auch die Preise für Verkehr und Kommunikation (+0,2%); Teurer waren Service und Reparaturen von Personenwagen, Automobile sowie die Mieten und Gebühren für Garagen und Parkplätze.

## 3. Silbermedaille innert einer Woche



Die dritte Silbermedaille innert einer Woche erkämpfte sich Markus Hasler (links) gestern bei den Schweizer Langlauf-Meisterschaften in Campra. Der Eschner belegte auch über 30 km klassisch den 2. Rang, geschlagen wiederum nur von Jeremias Wiggler. Insgesamt schon die siebte Medaille für Markus Hasler an CH-Elite-Meisterschaften. Platz drei belegte gestern Jürg Capol. (rechts).